

## Vorwort

Europa hat gewählt: Zwischen dem 23. und 26. Mai 2019 waren rund 400 Mio. Bürgerinnen und Bürger in den 28 EU-Mitgliedstaaten aufgerufen, 751 Abgeordnete zum Europäischen Parlament zu wählen. Angesichts eines sich über Jahre verfestigenden Trends sinkender Wahlbeteiligung war bereits Monate vor den Wahlen die Sorge verbreitet, dass sich dieses Desinteresse auch zum 40. Jubiläum der Direktwahlen zum Europäischen Parlament nicht umkehren ließe. Doch die monatelange zivilgesellschaftliche Mobilisierung und ein im Zuge der Austrittsverhandlungen zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich wachsendes europäisches Bewusstsein bewirkten eine positive Trendwende: Die Wahlbeteiligung erreichte europaweit 50,6 Prozent, die höchste Quote seit den Europawahlen 1994.

Unter diesen Mobilisierungserfolg mischte sich jedoch bald ein schaler Beigeschmack: Das in der neuen Legislaturperiode stärker fragmentierte Straßburger Parlament konnte sich nicht auf einen Personalvorschlag für die Neubesetzung der Führungsposition in der Europäischen Kommission einigen. Das von den EU-Staats- und Regierungschefs ohnehin nicht favorisierte Spitzenkandidatenverfahren geriet daraufhin zur Makulatur, sodass sich der französische Staatspräsident Emmanuel Macron schnell mit seinem Besetzungsvorschlag – der auf EU-Ebene bisher wenig profilierten deutschen Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen – durchsetzen konnte. Ob das Spitzenkandidatenverfahren damit endgültig zum Scheinverfahren geriert, wird sich wohl abschließend bei den nächsten Wahlen im Jahr 2024 zeigen.

Für die Europawahlen 2019 zumindest erkennt Werner Weidenfeld in seiner *Bilanz* eine stärkere mediale Sichtbarkeit der europäischen Spitzenkandidaten. Zudem bewertet er die diesjährigen Wahlen als historische Zäsur in der Dramatik der Europawahlen seit 1979. Manuel Müller ergänzt diese Bewertung in seinem Beitrag *Die Europawahlen: Neue Machtstrukturen* mit einer umfassenden Analyse der Wahlergebnisse. Christian Raphael, Darius Ribbe und Wolfgang Wessels zeigen in ihrem Beitrag über *Die Europapolitik in der wissenschaftlichen Debatte*, dass die im Europawahlkampf ebenso präsenten europaskeptischen Positionen stärkeren Eingang in die europapolitischen Analysen der Wissenschaft gefunden haben.

Als weiteres essenzielles Thema der Europapolitik widmet das Jahrbuch den Verhandlungen zum Austritt des Vereinigten Königreichs erneut einen eigenen Beitrag. Obwohl sich London und Brüssel Ende 2018 auf einen Vertragstext einigten, stellt dessen Ratifizierung im britischen Unterhaus ein schier unüberwindbares Austrittshindernis dar, das Premierministerin Theresa May im Sommer 2019 zum Rücktritt zwang. Die Verhandlungsschritte werden spezifisch für beide Seiten in den Beiträgen über den *Brexit* und das *Vereinigte Königreich* nachgezeichnet.

Das Kapitel zu den *Institutionen der Europäischen Union* beleuchtet detailliert die Neubesetzung der EU-Institutionen und die Personalnominierung nach den Europawahlen. Johannes Müller Gómez und Wolfgang Wessels analysieren in ihrem Beitrag über *Die institutionelle Architektur der Europäischen Union*, wie der Europäische Rat bei der Postenvergabe das Machtvakuum füllte, das durch das fragmentierte Europäische Parlament entstanden ist. Zum Abschluss der 8. Legislaturperiode bilanziert Nicolai von Ondarza im Beitrag über den *Rat der Europäischen Union* die Rechtsetzungsprozesse der vergangenen fünf Jahre.

Im Kapitel zur *politischen Infrastruktur* liefert der Beitrag über *Die öffentliche Meinung* von Thomas Petersen Belege für die vermutete starke Wahrnehmung der Europawahlen unter

der deutschen Wahlbevölkerung: Im Juni 2019 hätten sich 72 Prozent der Bevölkerung für die Europawahlen und deren politischen Auswirkungen interessiert.

Die einzelnen Beiträge zur *Innenpolitik der Europäischen Union* bieten tiefere Detailanalysen zu den Entwicklungen der einzelnen Politikbereiche an. Der Beitrag über die *Haushaltspolitik* von Peter Becker zeichnet die weiterhin nicht abgeschlossenen Verhandlungen zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen von 2021 bis 2027 nach. Dabei thematisiert er die budgetären Auswirkungen des EU-Austritts des Vereinigten Königreichs, einem Nettobeitragszahler in den Gemeinschaftshaushalt. Die deutlich veränderte außenpolitische Interessenslage verdeutlichen die Beiträge zur *Außenpolitik der Europäischen Union*: Franco Algeri bewertet in seinem Beitrag *Die Europäische Union und China* die im März 2019 veröffentlichte EU-Chinastrategie als Abkehr von einer naiven EU-Chinapolitik. Funda Tekin skizziert in ihrem Beitrag die ambivalenten Beziehungen der Europäischen Union zum Schlüsselpartner *Türkei*. Niklas Helwig zeigt im Beitrag *Die Europäische Union und die USA* die Auswirkungen der sich abkühlenden transatlantischen Beziehungen, vor allem im Bereich Handel, auf.

Im Kapitel über die *Europäische Union und ihre Nachbarn* berichtet Oliver Schwarz im Beitrag *Nordmazedonien* über das Ende des seit 27 Jahren währenden Namensstreits zwischen Nordmazedonien und Griechenland, der die gesamte Region gelähmt hatte und im Januar 2019 durch das Prespa-Abkommen beigelegt wurde. Zum 10-jährigen Bestehen bilanzieren Friederike Augustin und Katrin Böttger die *Östliche Partnerschaft* und kommen zu dem Ergebnis, dass der beiderseitige Enthusiasmus abgeflaut sei.

Das Kapitel zur *Europäischen Union und anderen internationalen Organisationen* informiert über das koordinierte Vorgehen der EU-Mitgliedstaaten in den Vereinten Nationen, die Entwicklungen der OSZE und den Stand der Beziehungen zur NATO.

Die Wahrnehmung und die Ergebnisse der Europawahlen sind ein übergreifender Schwerpunkt im Kapitel über die *Europapolitik in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union*. Darüber hinaus zeigt das Kapitel, dass sich die mitgliedstaatlichen Differenzen im Zuge des Rechtsstaatlichkeitsverfahrens nach Art. 7 EUV gegen Polen und Ungarn verfestigt haben und im Rahmen der Verhandlungen zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen durch eine weitere Spaltung in die sogenannte „Hanse-Gruppe“ nord- und westeuropäischer Mitgliedstaaten, die für den EU-Haushalt einen Sparkurs verfolgen, und in eine „Kohäsionsgruppe“ ost- und südeuropäischer Mitgliedstaaten, die einen größeren EU-Haushalt mit starken Unterstützungsmaßnahmen für die weniger entwickelten EU-Mitgliedstaaten anstreben, verschärft wurden.

In diesem Jahr erscheint das Jahrbuch der Europäischen Integration zum 39. Mal. Es ist uns daher eine besondere Freude, auf die digitale Aufbereitung der Jahrbücher seit ihrem ersten Erscheinen 1980 unter [www.Wissen-Europa.de](http://www.Wissen-Europa.de) hinzuweisen, wo einem breiten Publikum über drei Jahrzehnte europäischer Zeitgeschichte online zur Verfügung stehen. Mit dieser Ausgabe wird der Bestand um den Zeitraum von Mitte 2018 bis Mitte 2019 erweitert. Das Jahrbuch der Europäischen Integration ist ein Projekt des Instituts für Europäische Politik, das in Kooperation mit dem Centrum für angewandte Politikforschung der Universität München (C.A.P) und dem Centrum für Türkei und EU Studien (CETEUS) der Universität zu Köln verwirklicht wird. Ohne die großzügige Förderung durch das Auswärtige Amt war und ist das Jahrbuch nicht realisierbar. Unser besonderer Dank gilt auch den Autorinnen und Autoren, deren großes Expertenwissen die solide Grundlage und das unverkennbare Profil des Jahrbuchs bildet. Jana Schubert danken wir für ihre großartige Redaktion, ohne die die Realisierung dieses Projekts nicht möglich wäre.

Werner Weidenfeld

Wolfgang Wessels